

Mieterschutz oder doch zu billig?

Gemeinderat | Laa verkaufte Gemeindewohnhäuser. Opposition wegen mehrerer Gründe dagegen.

Von Ingrid Fröschl-Wendt

LAA | Soll eine Gemeinde ihre Immobilien verkaufen, und wenn ja zu welchen Bedingungen? Das war vergangene Woche lautstark diskutiertes Thema in der Gemeinderatssitzung.

Finanzstadtrat Roman Neigenfind stellte den Verkauf von Gemeindewohnhäusern als lang geplantes, ja schon im Vorschlag eingerechnetes Vorhaben vor, da die Verwaltung derartiger Häuser nicht in das Kerngeschäft einer Gemeinde falle. Für die Opposition proLAA und FPÖ war es überhastete Geldbeschaffung.

Außerdem kritisierte die Opposition, dass außer den beiden Bietern, Kamptal und Rosenberger, kein weiterer Käufer gefragt worden war. Dadurch wäre auch ein höherer Preis zu erzielen gewesen. Darauf konterte Neigenfind, dass man nur mit Partnern verhandelt habe, die sich als seriös herausgestellt hätten. Man wolle sichergehen, dass die Mieter nach dem Kauf keine Nach-

teile zu befürchten hätten.

Dafür gäbe es den Mieterschutz, antwortete proLAA Gemeinderat Julius Markl. Doch es gäbe auch andere Möglichkeiten, Mietern das Leben zur Hölle zu machen und sie so zu vertreiben, antwortete Bürgermeister Manfred Fass. Schließlich rechnete proLAA Gemeinderat Thomas Stenitzer vor, dass der erzielte Verkaufspreis einen Quadratmeterpreis von 300 Euro ergäbe, viel zu niedrig. So käme eine Wohnung auf rund 18.000 Euro. Die hätte man besser den Mietern selbst verkauft.

Der niedrige Preis sei durch die schlechte Bausubstanz der Häuser zu erklären, sie stammten alle aus den 60er Jahren und wären reparaturbedürftig, antwortete Neigenfind. Außerdem wäre wohl kaum einer der Mieter in der Lage, die Wohnung zu finanzieren. Der gesamte Verkauf an eine Hausverwaltung sei für die Mieter vorteilhafter.

Schließlich wurde der Verkauf der Häuser mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ beschlossen.

